

„[Wachsende Armut, schrumpfende Sicherheit](#)“ – so lautet der Titel des neuen Armutsbericht, veröffentlicht vom Paritätischen Gesamtverband. „Die soziale Spaltung in Deutschland verschärft sich. 13,3 Millionen Menschen leben in [Armut](#), die Armutsquote steigt auf 16,1 Prozent, lautet der Befund. Der Verband warnt vor einer Gesellschaft, „die sozial weiter auseinanderdriftet“. Der Befund ist so alarmierend wie die Armutsentwicklung, die seit langem zu beobachten ist. Die Gefahren, die sich aus einer hohen Armut und einer noch weiteren Spaltung der Gesellschaft ergeben, sind weitreichend für das Land. Der Regierung scheint das egal. Ukrainepolitik und Aufrüstung stechen die Armutspolitik. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Im Armutsbericht des Paritätischen finden sich viele Zahlen. Da heißt es, mit „einer Armutsquote von 30,3 Prozent bei Alleinlebenden und 28,9 Prozent bei Alleinerziehenden“ sei jeweils rund „jede dritte Person in diesen Lebenslagen betroffen“. Da ist die Rede von „4,6 Millionen Personen“, die in „erheblicher materieller Entbehrung“ lebten, darunter „etwa 1 Million minderjährige Kinder und Jugendliche und 650.000 Altersrentner“. Wir lesen von der Armutsquote bei Alten, die laut Paritätischem bei 19,5 Prozent liege. Jede fünfte Person „ab 65 Jahren“ sei demnach von Armut betroffen.

Wie immer wenn von Armut in Deutschland die Rede ist, sind die Relativierer zur Stelle. Dieses Mal ist es Julia Nida-Rümelin, der in der *Welt* [schreibt](#), die Zahl der [Armutsgefährdung](#) sei ein statistischer Taschenspielertrick.

Auch er richtet den Blick auf Zahlen und kritisiert, dass zur Berechnung der Armutsquote das Median-Einkommen herangezogen werde – und wie verzerrend dieses Vorgehen sei. Richtig ist: Auch unter der Voraussetzung eines gleichmäßigen Wohlstandswachstums würde bei einem hohen Median-Einkommen immer Bürger als armutsgefährdet gelten, wenn sie weniger als 60 Prozent dieses Einkommens zur Verfügung hätten.

Das ist aber eine hypothetische Diskussion. In der Realität liegt das Medianeinkommen in Deutschland nicht, sagen wir, bei einer Million, sondern bei rund 54.000 Euro brutto. Wer davon 60 Prozent verdient, also rund 32.400 Euro brutto, gilt bei Mietkosten, die längst an vielen Orten zusammen die 1.000 Euro übersteigen, zu Recht als armutsgefährdet – ganz zu schweigen von horrenden Nebenkosten und all jenen weiteren Verpflichtungen an Ausgaben, die ein Bürger im Durchschnitt eben hat. Würde man nicht das Median-, sondern das Durchschnittseinkommen, das deutlich höher liegt, zugrunde legen, sähe es übrigens noch schlimmer aus.

Auf diese Zahlen geht Nida-Rümelin leider nicht ein.

Damit kommt letztlich in dem Beitrag genau das zum Vorschein, was Nida-Rümelin dem Paritätischen vorwirft: Verzerrung der Realität.

Doch um diese leidige Diskussion der Zahlen soll es an dieser Stelle gar nicht gehen. Während in der Regel sehr gut situierte Akteure sich herausnehmen, Armut zu relativieren, stehen hinter den mit viel Schmiss vorgetragenen Zahlendiskussionen Menschen! Menschen, die entweder faktisch arm sind oder sich im Bereich der Armutsgefährdung bewegen. Die einen haben kaum etwas im Kühlschrank zum Essen und sind auf Nahrungsmittel von der Tafel angewiesen, die anderen stehen bei der nächsten größeren Autoreparatur von 1.000 und mehr Euro vorm finanziellen Kollaps. Das ist ein Stück Realität.

Das ewige Relativieren hilft weder den einen noch den anderen. Die Zahlen des Paritätischen verweisen - auch bei allen Gegenrechnungen - auf ein reales Armutsproblem in Deutschland. Davor verschließt allerdings die Regierung ihre Augen. Ukrainepolitik, Aufrüstung und so einiges mehr stechen die Armutspolitik. Geld ist offensichtlich da - nur nicht für eine Armutspolitik, die das Problem der Armut in Deutschland richtig erfasst und bekämpft.

Titelbild: Rolf Kremming / shutterstock.com